** Etikettenschwindel „Bürgergeld“ –**

 **Wir fordern eine armutsfeste und repressionsfreie Grundsicherung!**

13,8 Millionen Menschen lebten in der Bundesrepublik nach Auskunft des aktuellen Armutsberichts des Paritätischen Gesamtverbandes bereits 2021 in Armut. Die aktuelle Energie- und Inflationskrise dürfte diese erschreckende Zahl nochmal massiv erhöhen. Im August 2022 lag die offizielle Inflationsrate bei 7,9 Prozent. Doch diese Zahl bildet das reale Problem für einkommensarme Haushalte nur ungenügend ab. Ebenfalls im August stiegen die Preise für Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke um 15,7 Prozent, die Verbraucherpreise für Strom sogar um 16,6 Prozent! Und das scheint bei weitem noch nicht das Ende der Fahnenstange zu sein. So prognostiziert die Bundesbank für den Herbst eine Inflationsrate von zehn Prozent, das arbeitgebernahe Ifo-Institut geht bis Anfang 2023 gar von elf Prozent Inflation aus.

Besonders für diejenigen, die schon vor der Krise finanziell nicht über die Runden gekommen sind prekär Beschäftigte, arme Rentner\*innen und Bezieher\*innen von Grundsicherungsleistungen, ist die Aussicht auf Herbst und Winter äußerst düster. Viele einkommensarme Haushalte haben bereits in den letzten Wochen ihre neuen Abschläge für die monatlichen Stromvorauszahlungen erhalten und verzweifeln angesichts ihrer Lage. Die eklatant gestiegenen Stromkosten sind jetzt zu zahlen und nicht erst im nächsten Jahr. Bereits 2021 wurde 230.000 Haushalten der Strom abgestellt, weil sie ihre Rechnungen nicht bezahlen konnten. Es ist zu befürchten, dass es in naher Zukunft in weit mehr Wohnungen dunkel bleibt. Die bisher von der Bundesregierung bereitgestellten bzw. geplanten Entlastungen sind völlig unzureichend, um diesem Problem wirksam zu begegnen.

**Hartz-IV wirklich überwinden statt neu etikettieren!**

Mitte September hat die Bundesregierung nun mitgeteilt, wie weit sie die Regelsätze anheben will, die im neuen, von Politik und Medien als „Überwindung des Hartz-IV-Systems“ gefeierten „Bürgergeld“ vorgesehen sind. 502 statt 449 Euro für eine alleinstehende Person, also ganze 53 Euro mehr als der bisherige Regelsatz sollen ab 2023 Menschen in der Grundsicherung über den Monat bringen. Knappe zwölf Prozent mehr Geld – das klingt zunächst tatsächlich gut, bei genauerem Hinsehen entpuppt es sich jedoch als ein Tropfen auf den heißen Stein, da es zwölf Prozent mehr auf einen Betrag sind, der für ein einigermaßen auskömmliches Leben vorne und hinten nicht reicht.

Eine Reform des Systems der Existenzsicherung, die das repressive, Armut und Angst verursachende Hartz IV-System tatsächlich überwinden würde, ist längst überfällig. Leider lässt der vorliegende Gesetzesentwurf erhebliche Zweifel daran aufkommen, dass es der Regierung darum tatsächlich geht. Es ist durchaus anzuerkennen, dass einige Aspekte des geplanten „Bürgergeldes“ Verbesserungen gegenüber den bisherigen Regelungen beinhalten, eine „Überwindung“ des Hartz-IV-Systems findet aber nicht statt.

So ist die im „Bürgergeld“-Konzept vorgesehene Erhöhung der Regelsätze völlig unzureichend und das nicht nur angesichts der immensen Preissteigerungen in nahezu allen Bereichen. 53 Euro mehr wären auch ohne die aktuelle Krise viel zu wenig! Notwendig ist eine deutliche Erhöhung der Regelsätze auf mindestens 678 Euro im Monat und ihre sofortige Anpassung bei größeren Preissteigerungen in den besonders relevanten Bereichen der Existenzsicherung! Dringend erforderlich ist eine Anpassung noch in diesem Herbst – der Bedarf ist jetzt da und nicht erst im Januar! Selbst die Jobcenter-Leiter\*innen aus Nordrhein-Westfalen haben Anfang des Jahres bereits 100 Euro mehr bei den Regelsätzen gefordert!

Die Übernahme der tatsächlichen Wohnkosten für zwei Jahre ist für Neuantragsteller\*innen eine vorübergehende Verbesserung. Das ist besser als bisher, aber reicht nicht aus! Notwendig ist die dauerhafte Übernahme der Wohnkosten einschließlich der Heizkosten in voller Höhe für alle Beziehenden!

Der Bereich der Haushaltsenergie muss aus dem Regelbedarf herausgenommen und bis zu einem am Stromspiegel orientierten Grundverbrauch übernommen werden.

Weiterhin fordern wir, dass die explodierenden Energiekosten bis zur gesetzlichen Regelung des „Bürgergeldes“ durch vollständige Übernahme bis dahin entstandene Abschläge und Nachzahlungen abgefedert werden.

Während Friedrich Merz der Meinung ist, die Bundesregierung habe mit der Abschwächung der möglichen Sanktionen das „Prinzip Fördern und Fördern aufgegeben“, begrüßen wir dies als einen Schritt in die richtige Richtung. Die vielzitierte „Bürgerfreundlichkeit“ und „Augenhöhe“, die mit der Einführung des „Bürgergeldes“ Einzug in die Arbeitsvermittlung halten soll, ist jedoch nur zu erreichen, wenn alle Sanktionen abgeschafft werden und sämtliche Maßnahmen auf freiwilliger Basis erfolgen.

Die Leistungen des „Bürgergeldes“ müssen für alle hier lebenden Menschen einfach, schnell und frei von Willkür und Schikane zugänglich sein.

Beim Zugang zu Leistungen darf es weder Ausschlüsse von EU-Bürger\*innen geben, noch unnötige Hürden bei der Antragsstellung.

Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene müssen eine Kindergrundsicherung erhalten, die klar über die Zusammenfassung bisheriger Leistungen für Kinder hinausgehen muss.

Es gibt also erheblichen „Nachbesserungsbedarf“. Damit zu unseren Gunsten „nachgebessert“ wird und sich mit dem „Bürgergeld“ ein menschenwürdiges Leben bestreiten lässt, braucht es Druck von unten. Der bundesweite Aktionstag am 14. Oktober ist dafür eine gute Gelegenheit.

\* Das **Bündnis AufRecht bestehen** wird getragen von: Arbeitslosenselbsthilfe Oldenburg (ALSO), „ARBEITSLOS - NICHT WEHRLOS“ Wolfsburg (ANW), „AufRecht bestehen“ Rhein-Main, Bundesarbeitsgemeinschaft Prekäre Lebenslagen (BAG-PLESA), Bundes-Erwerbslosen-Ausschuss Gewerkschaft ver.di, Duisburger Initiative „AufRecht bestehen!“, Gewerkschaftliche Arbeitslosengruppe im DGB-KV Bonn/Rhein-Sieg, Gruppe Gnadenlos Gerecht Hannover, Frankfurter Arbeitslosenzentrum e.V. (FALZ), Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen (KOS), Tacheles e.V. Wuppertal, Widerspruch e.V. Bielefeld und anderen örtlichen Bündnissen und Initiativen.

*Weitere Infos und Termine auf: Homepage*

*Weitere Treffen / Wir treffen uns … Kommt vorbei!*

*Logo*

*V.i.S.d.P*.